

Pflege ist wichtiges Thema für die Bundestagswahl 2017

ZQP-Studie: Für 43 Prozent der Bürger ist das Thema Pflege sehr wichtig bei ihrer Wahlentscheidung. 71 Prozent halten die Arbeitsbedingungen in der Pflege für am dringendsten verbesserungsbedürftig.

Berlin, 20. Februar 2017. Das Thema Pflege kann bei der Bundestagswahl eine erhebliche Rolle spielen. 43 Prozent der Deutschen sehen die Versorgung älterer hilfebedürftiger Menschen als sehr wichtig dafür an, wie sie am 24. September ihren Stimmzettel ausfüllen wollen. In der für den Wahlausgang besonders maßgeblichen Altersgruppe 50+ sind es sogar 53 Prozent an. Dies ergab eine repräsentative Bevölkerungsbefragung der Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP).

Viele zweifeln offenbar an der Pflegequalität in Deutschland. Zwar glaubt fast die Hälfte der Befragten (42 Prozent), die Pflege in der Bundesrepublik sei gut oder sehr gut. Die Mehrheit allerdings (55 Prozent) hält die Pflegequalität für weniger gut oder sogar schlecht. Personen mit persönlicher Pflegeerfahrung sind hier mindestens genauso kritisch (59 Prozent). Entsprechend wird Handlungsbedarf bei den Rahmenbedingungen in der Pflege gesehen. In erster Linie betrifft das die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege (71 Prozent). 42 Prozent der Befragten glauben, dass pflegende Angehörige dringend besser unterstützt werden müssen.

„Trotz aktueller Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung darf niemand glauben, die Herausforderungen in der Pflege seien nun bewältigt. Die Befragung zeigt, dass die Bürger Pflege als politisch hochrelevantes Thema sehen. Die Wähler werden auch nach der Bundestagswahl genau verfolgen, welche Wege die Parteien hier zukünftig gehen wollen. Zum Beispiel bei den noch nicht ausgestalteten, aber zentralen Aspekten der Pflegereformen „Personalausstattung“ und „Transparenz von Qualität“ gilt es, überzeugende Lösungen zu präsentieren“, erklärt Dr. Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP. Aber auch auf anderen Feldern der Pflegequalität besteht aus Expertensicht dringender Handlungsbedarf: „Bei der Durchsetzung der Rechte von pflegebedürftigen Menschen – insbesondere beim Schutz vor Gewalt, aber auch in den Bereichen Prävention und Rehabilitation – gibt es sehr viel zu tun“, so Suhr weiter.

Gefragt nach dringenden Problemen in einer konkreten Versorgungssituation kommen die Bürger zu einer ähnlichen Einschätzung: Am wichtigsten ist ihnen vor allem, dass mehr Zeit für persönliche Zuwendung bleibt (68 Prozent) und die Selbstständigkeit von Pflegebedürftigen gefördert wird (54 Prozent).

Die Befragung bestätigt zudem, dass es der Wunsch der meisten Deutschen ist, im Fall von Pflegebedürftigkeit zuhause leben zu können. Dies geben 70 Prozent der Teilnehmer an. Fast jeder Zweite wünscht sich dazu einen Mix aus familialer und professioneller Pflege (47 Prozent). Sorgen bereiten vor allem mögliche kognitive Einschränkungen (63 Prozent), die Abhängigkeit von anderen Menschen (56 Prozent) und die Angst vor finanziellen Sorgen und Einsamkeit (36 bzw. 32 Prozent).

Die vollständige Untersuchung sowie mehr zum Thema finden Sie unter www.zqp.de.

Pressekontakt: Torben Lenz, Tel. 030-275 93 95 15, torben.lenz@zqp.de

Methodik: Dieser Auswertung liegt eine anonyme Bevölkerungsumfrage zugrunde, in der mittels einer repräsentativen Stichprobe Einschätzungen zum Thema „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“ erfragt wurden. Die Stichprobengröße umfasst über 2.000 Befragte (N=2.007). Die Befragung wurde in der Zeit vom 2. bis 10. Januar 2017 durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildeten die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahre bundesweit, repräsentiert in einem Panel mit ca. 20.000 Personen. Als Erhebungsmethode kam die In-Home-Befragung per PC bzw. Set-Top-Box am TV-Bildschirm zum Einsatz. Anschließend wurde die Personenstichprobe nach Region, Alter, Geschlecht und Bildung gewichtet. Die statistische Fehlertoleranz der Untersuchung in der Gesamtstichprobe liegt bei +/- 2 Prozentpunkten.

Hintergrund zur Bedeutung der Wählergruppen 50+

Nach Informationen des Bundeswahlleiters wird die Gruppe der Wahlberechtigten für die Bundestagswahl 2017 auf 61,5 Millionen Bürger geschätzt.

Die drei Altersgruppen der 50- bis unter 60-Jährigen, der 60- bis unter 70-Jährigen und der 70-Jährigen und Älteren, haben demnach zusammen einen Anteil von ca. 56 Prozent an der Gesamtgruppe der Wahlberechtigten und damit die Mehrheit gegenüber den Wählern aller anderen Altersgruppen.

Zudem waren die 60- bis unter 70-Jährigen (80 Prozent) und die 50- bis unter 60-Jährigen (76 Prozent) bei der Bundestagswahl 2013 die beiden Altersgruppen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei 72 Prozent.

Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundeswahlleiter.html>